

Parlamentarischer Vorstoss

2022/167

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Cybercrime im Kanton Basel-Landschaft
Urheber/in:	Christine Frey
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	24. März 2022
Dringlichkeit:	—

Die Zahl der Cyberangriffe ist 2021 in der Schweiz drastisch gestiegen. Durch die Corona-Pandemie wick die Gesellschaft zunehmend auf die digitale Welt aus - ein perfekter Nährboden für Cyberkriminelle. Die Digitalisierung bietet zwar unzählige Vorteile und eröffnet der Wirtschaft neue Wachstumschancen und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Leider bringt die zunehmende Abhängigkeit einer funktionierenden IT-Infrastruktur aber auch grosse Nachteile mit sich: Kriminelle nutzen die IT-Abhängigkeit aus und hacken nicht nur Privatpersonen, sondern auch KMU. Von der kleinen Bäckerfirma bis zum Grossbetrieb mit mehreren Tausend Mitarbeitenden – es kann jeden treffen. Bei einem Hacker-Angriff kann das gesamte Netzwerk eines Unternehmens betroffen sein. Beispielsweise sind Websites nicht mehr erreichbar und vertrauliche Daten gelangen an die Öffentlichkeit. Meist erleiden die Firmen auch finanzielle Schäden. Inzwischen ist jede dritte Firma von solchen Hackerangriffen betroffen, wie eine aktuelle Studie der Hochschule für Wirtschaft der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW zeigt. Der volkswirtschaftliche Schaden, der durch Cyberangriffe auch für KMU entsteht, ist enorm.

Um die Cyberkriminalität wirkungsvoll zu bekämpfen, wurde im Kanton Basel-Landschaft im April 2020 das «Kompetenzzentrum Cybercrime» von Staatsanwaltschaft und Polizei in Betrieb genommen. Cyberdelikte sollen effizient und effektiv verhindert, verfolgt und geahndet werden. Die Strategie basiert auf den vier Pfeilern Aus- und Weiterbildung, Spezialisierung, Prävention und Repression. Während die Prävention fast ausschliesslich eine polizeiliche Aufgabe darstellt, betreffen die drei anderen Schwerpunkte die Polizei und die Staatsanwaltschaft gleichermassen.

Das Kompetenzzentrum Cybercrime ist wichtig für den wirkungsvollen Schutz der regionalen KMU. Daher bitte ich den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

1. wie viele Cybercrime-Fälle seit Inbetriebnahme des Kompetenzzentrums bearbeitet wurden;
 2. welche Arten von Cyberangriffen registriert wurden;
 3. wie viele der registrierten Fälle Privatpersonen und wie viele KMU betreffen und
 4. welche Branchen wie stark betroffen sind;
-

5. wie sich die Corona-Pandemie auf die Cyberaktivität im Kanton Basel-Landschaft ausgewirkt hat;
6. ob Homeoffice einen Einfluss auf die Cybercrime-Aktivität hatte und wenn ja, wie sich dieser äusserte;
7. ob die kantonale Verwaltung Opfer von Cyberangriffen wurde und wie sich diese generell gegen Cyberangriffe schützt;
8. ob die Seite «Kompetenzzentrum Cybercrime» auf der Website des Kantons Basel-Landschaft ansprechender und nutzerfreundlicher gestaltet werden kann (Beispiel Kanton Zürich <https://www.zh.ch/de/sicherheit-justiz/delikte-praevention/gefahren-im-internet.html#25031585>) und ob geplant ist, dort einen jährlichen Bericht über die Aktivitäten des Zentrums zu veröffentlichen;
9. ob aufgrund des Ukraine-Konflikts vermehrt Cyberattacken auf Firmen im Kanton registriert wurden (bspw. in der Energiebranche).